

Zeitschrift: Neues helvetisches Tagblatt
Herausgeber: Escher; Usteri
Band: 2 (1799-1800)

Rubrik: Gesetzgebung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neues Helvetisches Tagblatt.

Herausgegeben von Escher und Usteri, Mitgl. der gesetzg. Rätthe.

Band II. Nro. CXXIV.

Bern, den 1. Jänner, 1800. (13. Nivose VIII.)

Gesetzgebung.

Grosser Rath, vom 9. Novemb.

Präsident: Koch.

Fischer erhält für 8 Tag Urlaub.

Die 4 Municipalitäten Nychenbach, Aeschi, Krattigen und Spiez, im Distrikt Aeschi im Oberland, klagen, daß ihre Requisitionsführen keine Rationen erhalten haben, und daß derselben Unterhalt ihnen zu beschwerlich falle.

Rubbi fodert Verweisung ans Direktorium.

Schlumpf folgt und will das Direktorium zur Untersuchung einladen. Graf folgt.

Michel wünscht Verweisung an den Minister des Innern.

Schlumpf beharrt auf Rubbis Antrag, welcher angenommen wird.

Christian Rattemundt von Röthenbach im Canton Bern, bittet daß seiner Tochter Kind von Kindhufen im Canton Zürich, welches er bisher versorgte, ihm abgenommen, und von der Ration unterhalten werde. Auf Augsbürgers Antrag wird auch diese Bittschrift dem Direktorium überwiesen.

Kaveri Zwärenbold von Altnach, im Distrikt Schwyz, K. Waldstätten, fodert daß ihm ein Kauf von Grundstücken ausgefertigt werde, ungeachtet er nicht den vierten Theil des Kaufpreises zu entrichten im Stande ist, während die ehedorigen Gesetze seines Kantons diese Bedingung fordern.

Wyder fodert, auf das Gewerbfreiheitsgesetz gegründet, die Tagesordnung.

Secretan kann dieser Meinung nicht beistimmen, denn die Gewerbefreiheit hat auf die Kaufbedingungen, die die alten Gesetze beistimmen, keinen Bezug; er fodert also, daß diese Bittschrift mit der Tagesordnung abgewiesen werde.

Bäzler stimmt Secretans Antrag ganz bei.

Ruhn sieht die Sache aus Wyders Ge-

sichtspunkte an, und fodert eine bestimmte Erklärung, daß jeder helvetische Bürger sich wo er will, ohne solche Bedingungen, einkaufen könne.

Schlumpf stimmt ganz Ruhn bei.

Graf ist Secretans Meinung.

Huber denkt, Bestimmung der Formalitäten der Käufe gehöre in den Civilcodex, und da wir hierüber nichts verfügt haben, so sollen die alten Gesetze bestehen, und daher stimmt er ganz Secretan bey.

Billeter sieht nicht, wie hierüber Einschränkungen fortbleiben können, denn wenn Käufer und Verkäufer unter einander einig sind, so hat sich niemand weiter dem Verkauf zu widersetzen; er stimmt also Ruhn bei, welcher beharrt, und den Gegenstand zu Abfassung einer Erklärung darüber, an eine Commission weisen will.

Wyder beharrt ebenfalls, doch will er sich mit Ruhns letztem Vorschlag vereinigen.

Schlumpf. Das Sprichwort sagt: Wie man Eins wird so gilt's; und also hat sich niemand mehr in einen solchen Kauf zu mischen, eine weitere Einschränkung wäre eben so unvernünftig als ungerecht; ich stimme ganz Ruhn bey.

Huber. Auf jeden Fall kann unser Beschluß nicht rückwirkend gemacht werden, und also muß der gegenwärtige Fall noch nach dem bestehenden Gesetz beurtheilt werden; ich beharre also auf der Tagesordnung, will aber gern zugeben, daß über die Frage: ob dieses Gesetz abgeschafft werden soll oder nicht, eine Commission niedergesetzt werde.

Zimmermann stimmt Hubern bei, dem auch Smür folgt.

Preux fodert einfache Tagesordnung.

Diese Bittschrift wird einer Commission überwiesen, in die geordnet werden: Billeter, Schlumpf, Graf, Smür und Bäzler.

Das Direktorium übersendet folgende Bothschaft:

Das Vollziehungsdirektorium der helvetischen einen und untheilbaren Republik, an die gesetzgebenden Räthe.

Bürger Gesetzgeber!

Der 82ste Artikel des Gesetzes vom 15ten Hornung verordnet, daß die Gemeindeausgaben, zu deren Bestreitung die dafür bestimmten Fonds nicht hinreichen würden, vermittelst der Erhebung von Gemeindesteuern bestritten, und daß diese letztern nach den Vermögensumständen jedes Einwohners, hiemit im Verhältnisse der direkten Staatsauslagen bezogen werden.

Bei den täglich vorkommenden Fällen, wo Requisitionslasten und andere Lokalausgaben dergleichen Steuererhebungen erfordern, entsteht von Seite derjenigen Gemeinden, in deren Bezirke Nationalgüter liegen, die Frage, ob dieselben gleich dem Partikulareigenthume können steuerpflichtig gemacht werden? Zwar scheint es beim ersten Anblicke zweckwidrig, Güter, von denen jeder Staatsbürger Miteigenthümer ist, an irgend einer öffentlichen Last Theil nehmen zu lassen, indem der dadurch geschwächte Ertrag derselben, immer wieder von der Gesammtheit der Bürger ersetzt werden muß; allein wann aus diesen Gründen die Nationaldomänen keinen eigentlichen Staatsabgaben unterworfen seyn können, so wird hingegen der Gesichtspunkt in etwas verändert, sobald von bloßen Lokalsteuern die Rede ist. Verschiedene Ausgaben der Gemeinden, als für Straßenbau und Wasserleitungen, nahmen mit dem Umfange ihres Bezirkes zu; unstreitig würden dann diejenigen, wo ein größerer oder geringerer Theil der liegenden Gründe National-eigenthum ist, durch die Befreiung desselben in eine ungünstige Lage versetzt, indem die Partikulargüter in dem nemlichen Verhältnisse stärker beschwert werden müssen, in welchem die übrigen von der gemeinschaftlichen Last ausgenommen sind.

Das Vollziehungsdirektorium, das sich nicht für bevollmächtigt hält, diese Frage zu entscheiden, übergiebt dieselbe, Bürger Gesetzgeber, Eurer Untersuchung. Sollte sie indessen zum Vortheile der Gemeinden ausfallen, so bedarf es einer genauen Bestimmung, um die verschiedenen Gegenstände von Lokalausgaben, zu wel-

chen die Nationalgüter beitragen sollen, zu kennzeichnen. Die häufige Veranlassung von Gemeindesteuern liegt gegenwärtig in denjenigen Lasten, welche die Folge von Requisitionen jeder Art für die frankische Armee sind; es fragt sich also, in wie weit auch diese dem National-eigenthume können aufgelegt werden. Eben so wichtig würde dann zumal die Festsetzung der Taxationsart seyn, indem leicht vorauszu sehen ist, daß der nemliche Eigenthümer, welcher das Partikulareigenthum, sobald es um eine Staatsabgabe zu thun ist, unter seinen wahren Werth heruntersetzt, hingegen das Staats-eigenthum, das einer Gemeinde steuerpflichtig gemacht werden soll, gern über seinen eigentlichen Werth wird erhöhen wollen.

Das Vollziehungs-Direktorium erwartet daher, daß Ihr, Bürger Gesetzgeber, bei Eurer Entscheidung nicht allein die allgemeine Frage, sondern auch die besondern Bestimmungen derselben im Auge haben, und wenn Ihr einerseits die Gemeindelasten zu erleichtern sucht, dennoch keine Schmälerung des Nationalvermögens zulassen werdet.

Republikanischer Gruß!

Der Präf. des Vollz. Direkt.
S a b a r y.

Im Namen des Direkt. der Gen. Sek.
M o u s s o n.

Villetter. Schon ist eine Commission über den Gegenstand niedergesetzt, ich fordere Beauftragung an dieselbe, und lade dieselbe und besonders Zimmermann ein, sich diesen Abend um 4 Uhr einzufinden.

Schlumpf folgt und bemerkt, daß die ehedem vorigen Klostersgüter immer die Gemeindelasten zu tragen, pflichtig waren.

Zimmermann folgt und dankt Villetter für seine besondere Einladung. Die Bothschaft wird der Commission überwiesen.

Das Direktorium übersendet den Verbalprozeß der Wahlversammlung des Cantons Valais, der zur Untersuchung an die über diesen allgemeinen Gegenstand niedergesetzte Commission überwiesen wird.

Folgendes Gutachten Kuhns wird zum zweitenmal verlesen, und ohne Einwendungen angenommen.

Der große Rath, nach angehörttem Bericht seiner Commission über die Bothschaft des B.

D. vom 21ten Weinmonat 1799, wegen Verzeigung eines unpartheischen Tribunals zu rechtlicher Beiangung der Mitglieder der Interimsregierung von Zürich.

In Erwägung, daß das Kantonsgericht von Zürich so lange der konstitutionelle Richter der Mitglieder der dortigen Interimsregierung bleibt, bis erwiesen ist, daß dasselbe durch einen gesetzmäßigen Austritt so vermindert werde, daß die Anzahl der übrigbleibenden Richter zu Fällung eines Urtheils, nach der Vorschrift des Gesetzes vom 22ten Jenner 1799 nicht hinreichend ist;

In Erwägung, daß die einen der in der Bottschaft des B. D. dargestellten Refusationsgründe des Kantonsgerichts von Zürich, den gesetzmäßigen Austritt einer solchen Anzahl von Gliedern noch nicht beweisen; und daß die andern dieser Refusationsgründe nur unter der Bedingung als gesetzmäßig betrachtet werden können, wenn die Mitglieder, die dieselben vorschützen, eine wirkliche Partheilichkeit in dieser Sache erzeugen, eine Bedingung, deren Daseyn aus der Bottschaft schlechterdings nicht erhellet;

In Erwägung, daß, da zufolge der Bottschaft, alle oder die meisten Mitglieder des Kantonsgerichts Entschuldigungsgründe der einen oder andern Art anführen, das Kantonsgericht die Gesetzmäßigkeit derselben nicht selbst beweisen kann;

In Erwägung, daß auch in Rücksicht der Beurtheilung dieser Entschuldigungsgründe nach den im Gesetz vom 22ten Jenner 1799 aufgestellten Grundsätzen verfahren werden muß.

In Erwägung aber, daß es wegen dem Verhaft der angeschuldigten Mitglieder der Interimsregierung von Zürich, dringend ist, die Form der Verzeigung eines Tribunals, sowohl zur Beurtheilung jener Refusationsgründe, als auch der gegen die Mitglieder der Interimsregierung von Zürich anzubringenden Klagen, mit möglichster Beförderung zu bestimmen, aus diesen Beweggründen hat der große Rath, nach erklärter Dringlichkeit beschlossen:

I. Das Cantonsgericht von Zürich ist der konstitutionelle Richter, vor welchem die Mitglieder der dortigen Interimsregierung belangt werden können.

(Die Fortsetzung folgt.)

Inländische Nachrichten.

Der Kanton Aargau hat an die fränk. Truppen nur in den 3 Monaten von Mitte Brachmonats bis Mitte Herbstmonats an Fourage geliefert:

56,925	Rationen	Heu zu 18 Pf.
12,023	—	15 —
40,392	—	13 —
132,249 1/2	—	10 —
15,466	—	Stroh 10 —
12,532	—	Haber 2/3 Scheffel.
9	—	3/4 —

Diese Lieferungen sind nach fränkischer Vorschrift förmlich bescheiniget.

Wie unendlich viel ist überdies nicht ohne Bescheinigung gegeben und genommen worden?

Man kann sich aus diesem Verzeichniß einen Begriff von übrigen Lieferungen aller Art machen; und nun ist dieser Kanton, dessen Aufopferungen in den frühern und spätern Monaten auch groß sind, und in welchem andere Kantone zum Theil ihre Futterbedürfnisse angekauft haben, wieder aufs frische mit Truppen angefüllt.

An die helvetische Gesetzgebung in Bern.

Seyd Männer! werth des herzlichen Vertrauens

Der Nation! Vergesst nicht Pflicht und Würde! Erniedrigt nie zum Pöbelsinn, Euch nie Zur Fischerweiber Sprache! Laßt Matrosen Die Lust zu schimpfen! Laßt die Sobriquets Den Unruhstiftern! Laßt den Demagogen (Das seht Ihr nicht, das sollt Ihr niemals werden)

Den Aftersitz, der Recht und Unschuld höhnet! Erlaubt kein Spiel mit Pflicht und Freiheit Euch!

Seyd Aeffen nicht der gottverlassnen Tollheit Der großen Nation! Nicht Schreier, Brüller! Von Euch sey fern die Frechheit und Verläumdung!

Der Rache Dämon funkle nie aus Euern Erhitzten Blicken. — Liebe, Rechtslust, Eifer Fürs Vaterland und Ordnung, Wohlfahrtsstrahle

Aus Euerm Aug, spricht feuervoll die Lippe! Mit Muth und Haßverachtung sprecht wider Mißbraucher anvertrauter Macht, erhebet Die Stimme laut, wenn Freiheitsheuchler Rechte

Sich rauben, die kein Volk, das frei sie
nennen,
Die ihnen kein Gesetz je geben konnte!
Tyrrannen haßt, behänderte, besternte,
Bescherpte, unbescherpte, ferne, nahe!

19. XII. 1799.

L.

An die Herausgeber des neuen helvetischen
Tagblattes.

Bürger!

In Ihrem Nro. 121 haben Sie einen mit
meinem Namen unterzeichneten Brief an das
Vollziehungsdirektorium ohne Datum einge-
rückt, der schon früher, wie ich höre, einzeln
abgedruckt in Basel herumgeboten worden.

Ich finde mich demnach verpflichtet, öffent-
lich zu erklären:

1. Daß ich allerdings dem Vollziehungsdi-
rektorium schon unterm 6. Oktober, unmittel-
bar nach der Vollstreckung seines Beschlusses
vom 4. Oktober, und ehe das Geschäft der
Interimsregierung vor die gesetzgebenden Räte
gebracht war, eine Vorstellung eingegeben, die
dem wesentlichen Inhalt nach, mit der unter
meinem Namen gedruckten übereinstimmt, in
einigen Ausdrücken aber von derselben abweicht.

2. Daß diese Vorstellung lediglich für das
Vollziehungsdirektorium bestimmt und geschrieben
war.

3. Daß ich von der Art und Weise, wie
jenes, in Basel herumgebotene, und von Ihnen
wahrscheinlich copierte Flugblatt zum Druck be-
fördert worden, nicht die geringste Wissenschaft
habe, und die erste Veranstaltung eines solchen
Drucks, aufs gelindeste zu reden, für sehr
unbescheiden halte.

4. Daß es mich schmerzt, die Unbefangenheit
des wackern Kantonsgericht zu Zürich jemals
bezweifelt zu haben.

Ich erbitte Sie, BB. Herausgeber, diese
Erklärung Ihrem nächsten Blatt beizurücken.

Bern, 25. Dec. 1799.

F i n s l e r,
gewesener Finanzminister.

Kleine Schriften.

Historische Darstellung der Entstehungsweise
und der hauptsächlichsten Verrichtungen
der gewesenen Zürcherschen Interimsregie-
rung. 8. Zürich 1799. S. 95.

Der wesentliche Inhalt dieser Schrift, und
die meisten in derselben zusammengestellten Ak-
tenstücke sind in zahlreichen Stücken unser
Tagblattes bereits mitgetheilt worden. Dem
fortdaurenden unverantwortlichen, durch Lei-
denschaft, Haß und Unvernunft eingegebenen
Benehmen des helvetischen Direktoriums gegen
diese Interimsregierung soll nächstens ein be-
sonderer Aufsatz gewidmet werden.

Ein Wort der Beherzigung an meine verun-
glückten Mitbürger von Waldstätten, von
B. Businger, Pfarrer in Stans. 8. Basel,
b. Schweighauser, 1799. S. 96. (Ist
à 5 Bogen in allen Buchhandlungen zu
haben.)

Der patriotische und menschenfreundliche Ver-
fasser dieser Schrift hat, durch unermüdeten
Rath, Beistand und Hülfe sich um seine
unglücklichen Mitbürger ungemein große Ver-
dienste erworben; er spricht hier als Lehrer und
Freund zu ihnen, und untersucht: warum sie
so unglücklich geworden, und wie sie es anzu-
fangen haben, um wieder ein glückliches Volk
zu werden. — Die kleine Schrift ist auch für
die Geschichte des unglücklichen Kantons nicht
ganz unwichtig.

D r u c k f e h l e r.

In St. CXIII. Seite 452. Sp. 1. Zeile 39.
statt Dienstreise, lies Dunstreise.
— CXIV. Seite 453. Sp. 1. Zeile 19.
von unten, statt Comission, lies Cons-
titution. Sp. 2. Zeile 13. von unten,
statt Genuß, lies Genius. Letzte Zeile,
statt Brennstral, lies Bannstral. Seite
454. Sp. 1. Zeile 21. statt Trachtmanns-
chen, lies Drathmännchen. Zeile 4. von
unten, statt ungerecht, lies folge recht.
Seite 455. Sp. 1. Zeile 12. von unten,
statt achtete, lies achtete.
— CXVII. Seite 467. Sp. 2. Zeile 26.
statt Betrug, Laster, lies Betrugs-
lünsternen.